



# *Bürgermeister* **Nachrichten**

Folge 20 | Ausgabe Jänner 2024 | [buergermeister@piberbach.at](mailto:buergermeister@piberbach.at)

Amtliche Mitteilung „zugestellt durch Post.at“



## **Liebe Piberbacher:innen!**

Der Bau der Volksschule Piberbach schreitet zügig voran. Es wäre schön, wenn auch die notwendigen Begleitmaßnahmen dem Tempo Schritt halten könnten. Ich möchte diese Ausgabe mit dem Thema „Neubau Volksschule“ beginnen, da ich oft darauf angesprochen werde, weil ich viele Gerüchte höre und weil es dazu Aussendungen mit unrichtigen Inhalten gibt.

Vor einigen Jahren hat sich der gesamte Gemeinderat einstimmig für den Bau einer neuen Volksschule in Piberbach ausgesprochen. Damals wurde im Gemeinderat auch mehrmals darüber berichtet, dass zur Finanzierung das gemeindeeigene 1,1 ha große Bauland verkauft werden muss. Auch der Finanzierungsplan des Landes OÖ wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen, welcher besagt, dass die Gemeinde 20 % von € 5.949.959,00 an Eigenmittel (d.s. € 1.290.659,00) beisteuern muss. Für den Bau der Volksschule hat die Gemeinde ein 0,8 ha großes Grundstück im Ort gekauft, welches vom Land OÖ zu 2/3 gefördert wurde. Für das restliche Drittel musste die Gemeinde € 878.100,00 bezahlen. Der aufzubringende Eigenmittelanteil beträgt somit € 2.168.759,00.

Wie bereits berichtet, wurde mit dem Bau der Volksschule am 6. Juli 2023 begonnen, was bedeutet, dass auch die ersten Rechnungen folgten. Leider hat die SPÖ-Fraktion bis heute bzw. in bereits 4 Gemeinderatssitzungen ihre Zustimmung zum Verkauf des Gemeindebaulandes verweigert, was dazu geführt hat, dass das Geschäftskonto der Gemeinde (1,3 Mio. Euro) für ein paar Tage zu 100 % ausgeschöpft war. Dies hatte zur Folge, dass die Gemeinde die Gehälter am 15.11.2023 nicht auszahlen konnte. Da sich dieser Engpass abgezeichnet hat, habe ich alles unternommen, um vom Land OÖ für 2024 zugesagte Fördermittel in der Höhe von € 789.517,00 umgehend zu bekommen. Die Gehälter konnten somit am 16.11., also einen Tag später, ausbezahlt werden. Als Reaktion bzw. Dank dafür fand ich mich in der Kronen-Zeitung abgebildet, unter der Überschrift „Gemeinde konnte Gehälter nicht mehr bezahlen“. Durch meine Bemühungen konnte ich nicht nur die Liquidität der Gemeinde aufrechterhalten, sondern auch einen Baustopp der Volksschule verhindern.

Bereits im Mai 2023 hat GR.<sup>in</sup> Michaela Wöhrer während einer Sitzung ihren Austritt aus der SPÖ-Fraktion verkündet, da sie die Blockadepolitik nicht mehr mittragen konnte. Diese Gemeinderätin hat Zivilcourage bewiesen und ich danke ihr dafür, dass sie weiterhin im Gemeinderat ihr Mandat „parteilos“ ausübt.

Nachdem der notwendige Grundverkauf mehrfach nicht zustande gekommen ist, musste die Gemeinde ein Darlehen in der Höhe von € 1.290.659,00 vorzeitig abrufen, was der Gemeinde und somit dem Steuerzahler allein im Jahr 2023 insgesamt € 30.000,00 an Zinsen gekostet hat. Diese ganzen Unstimmigkeiten und Mehrkosten hätten sich vermeiden lassen, wenn der Gemeinderat den Grundverkauf bereits beschlossen und vollzogen hätte. Zeit dazu hätten wir genug gehabt. Und übrigens hätte die Gemeinde diese € 30.000,00 wesentlich sinnvoller in die Schulausstattung zum Wohle unserer Kinder und Pädagogen:innen investieren können.

Die neue Volksschule soll im September 2024 in Betrieb gehen. Das heißt konkret, dass die gesamten Kosten in der Höhe von rd. € 6,0 Mio. bis zum Ende des Jahres zu bezahlen sein werden. Auch hier hat die SPÖ die Bevölkerung über die Kronen-Zeitung falsch informiert, weil die Schule nicht € 6,9 Mio. kostet.

Es ist mir auch völlig bewusst, dass die Schule nicht von allen Gemeindebürgern als notwendig erachtet wird. Sowohl der Bürgermeister als auch der Gemeinderat muss bei all diesen Entscheidungen das Gesamte sehen und eine Schule ist für eine Gemeinde ein wesentlicher Bestandteil und eine wichtige Institution für Eigenständigkeit und Autonomie.

Für den Fall, dass die Gemeinde den Grund nicht verkauft, würden sich die Zinsen und Tilgungen bereits im heurigen Jahr von dzt. € 148.200,00 auf rd. € 468.200,00 erhöhen, was sich die Gemeinde nicht leisten kann. Im Ergebnis heißt das, dass die Gemeinde in den Abgang geführt wird bzw. zur „Härteausgleichsgemeinde“ wird.

Ich glaube fast schon, dass es die Absicht der SPÖ-Fraktion ist. Letzten Herbst habe ich den gesamten Gemeinderat zu einer Klausursitzung eingeladen, bei welcher eine Vertreterin des Landes OÖ über die Folgen und Konsequenzen eines Härteausgleiches referiert hat. Die SPÖ-Fraktion will es aber nicht wahrhaben, dass die Gemeinde dann alle geplanten Projekte wie z.B. die Gehwege von Piberbach Ort nach Piberbach West und nach Weifersdorf, den Generationenpark in der Kremsnerstraße, viele kleinere Projekte des Agenda Zukunftsprozesses, den Löschwassertank Neukematen uvm. bis zur Ausfinanzierung der Volksschule nicht in Angriff nehmen darf. Laut Finanzierungsplan „Volksschule“ übernimmt das Land OÖ 80 % der Kosten bzw. bekommt die Gemeinde in den Jahren 2024 - 2027 jeweils rd. 1,0 Mio. Euro an Fördermittel.

In der GR-Sitzung im Mai 2023 wurde über Ersuchen der SPÖ-Fraktion eine Arbeitsgruppe gegründet, mit dem Ziel, ein Konzept für die Bebauung des Gemeindegrundes auszuarbeiten. In der GR-Sitzung im September 2023 hat die Arbeitsgruppe ihre Ideen und Vorstellungen präsentiert, wonach ein Gesundheitszentrum und ein Umwelttechnologiezentrum errichtet werden sollte. Auch das Modell einer „Schrebergartensiedlung“ wurde angedacht, aber schnell wieder verworfen. So ehrenhaft die Arbeit der Arbeitsgruppe ist und auch so zukunftsweisend diese Pläne und Absichten sind, so unrealistisch ist es auch, innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit die dafür notwendigen Konzepte auszuarbeiten, geschweige denn, finanzkräftige Investoren zu finden. Ein von der SPÖ-Fraktion beigezogener Baumeister meinte dazu: „da seid ihr 3-5 Jahre zu spät dran“ was die Sache auf den Punkt bringt.

Seit 2018 befasst und beschäftigt sich die Gemeinde intensiv mit dem Thema „Neubau Volksschule“. Dabei wurde von Beginn an immer gesagt, dass wir zur Finanzierung der Schule den Gemeindegrund verkaufen müssen. Ich habe schon mit

Gemeinderäten:innen gesprochen, die in der letzten Legislaturperiode noch dabei waren. Alle zeigten sich über die Blockadepolitik der SPÖ sehr verwundert, zumal deren Haltung nicht nachvollziehbar ist und bis heute auch nicht begründet werden konnte.

Entgegen diversen Berichten auf Facebook und in der Kronen-Zeitung, halte ich nochmals fest, dass auf dem Gemeindegrund zu keiner Zeit LAWOG-Wohnungen oder ähnliches geplant oder beabsichtigt war. Im Gegenteil, ich habe dem Gemeinderat bereits einen Entwurf einer Parzellierung präsentiert, welcher die Schaffung von 13 Bauparzellen zum Inhalt hatte. Das wäre nach den Vorstellungen der ÖVP- und FPÖ-Fraktionen die kurz- u. mittelfristig beste Lösung. Interessenten aus Piberbach gibt es auch bereits.

Roland Primetzhofer schreibt in der SPÖ-Zeitung, Ausgabe 2/2023, er wurde als Fraktionsobmann noch zu keinem umfassenden Gespräch bezüglich des Verkaufs des Gemeindegrundes eingeladen. Darüber war ich mehr als erstaunt, da sich in den letzten Jahren verschiedenste Gremien in über 25 Sitzungen mit dem Thema „Neubau Volksschule“ befasst haben. Vor 1,5 Jahren habe ich zu einer Sitzung eingeladen, bei der es nur einen Tagesordnungspunkt „Finanzierung Volksschule“ gab, bei welcher der SPÖ-Vorsitzende dabei war. Ein Fraktionsobmann hat ein Recht auf alle Sitzungsunterlagen und er bekommt auch alle Protokolle. Die Behauptung, er wisse nichts und war bei keinen Gesprächen dabei, ist schon sehr merkwürdig.

Scheinbar ist es der neue politische Stil der SPÖ-Piberbach mich über die Kronen-Zeitung zu verunglimpfen und zu beschmutzen. Noch viel bedenklicher ist es, dass ein SPÖ-Landtagsabgeordneter, Herr Mag. Tobias Höglinger, ungeprüft falsche Informationen an dieses Medium weiterleitet. Das geht an die Substanz, weil meine Person, mein Name, meine Familie und meine Kinder beschmutzt werden. Mit welchem Recht und aus welcher Überlegung heraus wählt man so rufschädigende Mittel und Wege?

Mittlerweile werde ich von Bürger:innen angesprochen und ermutigt, das Amt des Bürgermeisters nicht zurückzulegen, was ich mit Sicherheit nicht machen werde. Ich darf Zuspruch und Unterstützung erfahren, wofür ich sehr dankbar bin.

Am 24. Jänner 2024 ließ der Abgeordnete Höglinger in der Kronen Zeitung berichten, dass es in der kleinen Gemeinde Piberbach zuletzt 3 Kündigungen gab. Das ist korrekt, aber bei 2 davon handelte es sich um Pensionierungen. Eine Kündigung zuvor musste die Gemeinde aussprechen. Außerdem ist Piberbach nicht die einzige Gemeinde, wo es Kündigungen gibt. Viele junge Menschen sehen sich den Job heute an und wenn etwas nicht passt, dann wird gewechselt. Man muss kein Insider sein, um zu wissen, dass die Privatwirtschaft händeringend nach Arbeitskräften sucht und bereit ist, mehr als nur den Kollektivlohn zu bezahlen. Dagegen ist das starre und veraltete Gehaltssystem im öffentlichen Dienst machtlos, weil es kaum bis gar keine Spielräume offenlässt, gute Mitarbeiter zu halten bzw. Anreize dafür zu schaffen.

Weiters wird vom Abgeordneten Höglinger über die Kronen-Zeitung berichtet, dass die Machtkonzentration Bürgermeister und Amtsleiter in einer Person nicht funktioniert. Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig, zumal sich jede:r unbescholtene Staatsbürger:in (ab 18 Jahren) um das Amt des Bürgermeisters zur Wahl stellen kann. Wäre es nicht diskriminierend, wenn das eine einzige Berufsgruppe nicht dürfte? Ich war und bin nicht an Macht interessiert, sondern ausschließlich um

das Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde bemüht. Ich musste als Amtsleiter und auch als Bürgermeister ein Gelöbnis ablegen, an das ich mich strikt halte.

Ich darf seit 1995, also über 28 Jahre, als Amtsleiter in der Gemeinde Piberbach arbeiten und habe mir in all dieser Zeit nicht das Geringste zu Schulden kommen lassen. Ich habe mich 2019 für die Weiterführung der sehr erfolgreichen Arbeit meines Vorgängers, Florian Kranawetter, entschieden, weil ich die Gemeinde Piberbach nicht nur verwalten, sondern auch gerne gestalten möchte. Durch meinen Beruf und meine Ausbildung weiß ich in rechtlichen Belangen und finanztechnischen Fragen sehr gut Bescheid und meine langjährige Erfahrung gibt mir die Kraft, Sicherheit und den Weitblick, Entscheidungen zu treffen und die Arbeiten für den Gemeinderat bestmöglich aufzubereiten.

Die weitere Behauptung des Abgeordneten Höglinger, die Gemeinde sei schlecht gemanagt, ist ebenso haltlos wie beleidigend. Zum einen kennt mich dieser Herr nur von Veranstaltungen und zum anderen konnten wir sämtliche Budgets seit 1997 mit einem positiven Ergebnis abschließen, was als kleine und einkommensschwache Gemeinde nicht immer leicht war. Auch sind sämtliche Prüfberichte der Aufsichtsbehörden positiv, was meine Arbeit und die meiner Kollegen:innen bestätigt. Als Beamter bin ich der kostengünstigste Bürgermeister, weil die Gemeinde für mich keine Pensionsbeiträge leisten muss. Weiters bin ich 40 Stunden in der Woche für die Bürger:innen im Amt erreichbar und nehme mir für jede Bürgermeistertätigkeit während der Dienstzeit (Teilnahme an Sitzungen, Jubiläumsfeiern, Besprechungen, Begräbnisse...) Urlaub! Ich trenne meine beiden Berufe sehr bewusst, weil ich mir auch in dieser Hinsicht nichts anlasten möchte.

Ein schlechtes Klima in der Gemeindepolitik wirkt sich auch negativ auf die Arbeit im Gemeindeamt aus. Es wird den Bediensteten die Freude an der Arbeit genommen, weil viele Entscheidungen nach politischem Kalkül und persönlichen Befindlichkeiten und nicht mehr nach fachlichen und nachhaltigen Überlegungen getroffen werden.

Es ist mir auch bewusst, dass der Streit zwischen den politischen Parteien die Bevölkerung irgendwann nicht mehr interessiert. Es kann schon mal vorkommen, dass über bestimmte Themen heftiger und länger diskutiert wird. Es ist auch normal, dass unterschiedliche Meinungen und Ansichten vertreten werden. Aber all das sollte mit Wertschätzung gegenüber dem Andersdenkenden geschehen. Wichtig ist meiner Meinung nach, dass sich die Mandatäre mit Respekt und Achtung begegnen und sich auf das Wesentliche besinnen.

Ich werde jedenfalls alles daransetzen, dass das politische Klima wieder jenes wird, was uns in Piberbach über die Grenzen hinaus ausgezeichnet hat. Nämlich das Miteinander fördern und das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Nur so bringen wir unsere Gemeinde weiter und können, wie in der Vergangenheit stolz auf das sein, was wir zustande gebracht haben.

In diesem Sinne lade ich die SPÖ-Fraktion ein, wieder zurück an den Verhandlungstisch zu kommen um gemeinsam an Lösungen und Wegen für unsere Gemeinde im Sinne und zum Wohle unserer Bürger:innen zu arbeiten. Dafür wurden wir gewählt, dafür haben wir uns immer eingesetzt und dafür lohnt es sich, sich für unsere Gemeinde zu engagieren.

Ihr Bürgermeister:  
Markus Mitterbaur